

Antworten zu unserem Schreiben zum Fiskalpakt

Angeschrieben wurden die 3 Abgeordneten des Wahlkreises HN, Strobl, Juratovic, Link, Schneider und die 2 Abgeordneten des Wahlkreises Neckar-Zaber, Gienger und Leibrecht.

Nicht geantwortet haben der SPD-ler Juratovic und der CDU-ler Gienger.

Die Punkte, die wir kritisch sahen:

1. Fiskalpakt stellt **massiven Angriff auf demokratische Prinzipien** und **substanzielle Selbstentmachtung der nationalen Parlamente** dar. Bei Ländern im Defizitverfahren erhält Europäische Kommission und Rat künftig ein Vetorecht gegenüber nationalen Haushaltsplänen. Gewählten Volksvertretungen werden beschnitten, die Macht der europäischen Exekutive ausgebaut. Gewaltenteilung wird mit Füßen getreten. Änderung durch Wahlen und neue Mehrheiten in nationalen Parlamenten nicht mehr möglich: Vertragsaufhebung nur einstimmig möglich, einseitiges Kündigungsrecht für einzelne Staaten nicht vorgesehen.
2. Fiskal zementiert ökonomisch **unsinnige und unsoziale Politik**. Er soll zum Abbau der Staatsschulden dienen. **Einnahmeseite bleibt außer Acht**. Verursacher der Verschuldung werden nicht zur Kasse gebeten. Steuerpolitik, die systematisch hohe Einkommen und Vermögen entlastet und Staatshaushalte strukturell geschwächt hat, wird nicht geändert. **Fiskalvertrag zwingt Länder zu Politik der Ausgabenkürzung**. Folgen: Sozialabbau, niedrigere Löhne im Öffentlichen Dienst und Privatisierung. Last der Sanierung der öffentl. Haushalte wird Schwächsten der Gesellschaft aufgebürdet. Durch Kürzungszwang verschärft Vertrag die **Rezessionstendenzen** in Europa.
3. **Fiskalvertrag umgeht Europäisches Vertragswerk** und tritt Grundgesetz und gesamte europäische Architektur mit Füßen. Ein rechtlich notwendiges Vertragsänderungsverfahren nach Art. 48 des EU-Vertrages wird ignoriert.
4. Aufforderung Fiskalpakt abzulehnen

Wiedergabe der Antworten ohne Bewertung

Aussagen zu 1. (Demokratieabbau und Selbstentmachtung der Parlamente)

- **Leibrecht:** Antwort zur Frage der Selbstentmachtung der Parlamente bezieht sich auf den ESM und nicht auf den Fiskalpakt auf den sich alle unsere Fragen bezogen haben. Deshalb gehe ich nicht näher darauf ein.
- **Link:** Seine 3-seitige Antwort bezieht sich auf den ESM und nicht auf den Fiskalpakt
- **Strobl:** Frage wird nicht beantwortet.
- **Schneider:** Für ihn ist Frage der demokratischen Legitimation europäischer Politik entscheidend. Gerade in Zeiten der ökonomischen Krise darf Demokratie nicht unter die Räder kommen.

Aussagen zu 2. (Unsoziale Politik, Einnahmeseite bleibt außer Acht, Fiskalpakt erzwingt Ausgabenkürzungen)

- **Leibrecht:** Fiskal-Vertrages ist Meilenstein auf dem Weg zur Stabilitätsunion. Schuldenbremse entscheidend für Stabilisierung der Gemeinschaftswährung. Reform wichtiges Signal auf Weg zu solider Haushaltsführung in EU-Staaten. Nur so können tatsächliche Ursachen der Staatsschuldenkrise wirksam bekämpft werden. Mit flächendeckenden Einrichtung nationaler Schuldenbremsen Problem an der Wurzel gelöst und Weiche zu dauerhaft tragfähigen Staatshaushalten gestellt. Mit Ansatz der vernetzten Stabilität tragen wir den durch zu hohe Staatsverschuldung entstandenen Problemen in angemessener Weise Rechnung. Anders als die SPD gehen wir die Probleme nicht durch eine Vergemeinschaftung aller Schulden, also durch Einführung von Eurobonds, sondern durch die Beseitigung der Verschuldungsursachen, und damit langfristig erfolgreich, an.
- **Link:** Seine 3-seitige Antwort bezieht sich auf den ESM und nicht auf den Fiskalpakt
- **Strobl:** Einführung von Schuldenbremsen ist entscheidende Weichenstellung für Stabilisierung der Gemeinschaftswährung. Im Vertrag sind auch Maßnahmen zu einer verbesserten wirtschaftspolitischen Koordinierung sowie für mehr Konvergenz enthalten. Nicht zuletzt verbessern wir mit Schärfung des Stabilitätspakts und Einführung des Euro-Plus-Pakts die Rahmenbedingungen für stabile und wettbewerbsfähige Währungsunion weiter. Ausführungen, dass Fiskalvertrag ökonomisch unsinnige und unsozial Politik zementiere, kann nicht nachvollzogen werden.
- **Schneider:**
 - Fiskalvertrag kann mittelfristig verantwortungsvoller Haushaltspolitik und sozial gerechter Haushaltskonsolidierung beitragen.
 - Einschätzung, dass Fiskalpakt EU-Mitgliedsstaaten zu Politik sozial ungerechter Ausgabenkürzungen zwingen, wird nicht geteilt. **Haushaltskonsolidierung sollte über Ein-**

nahmeseite geschehen. Grüne setzen sich in BRD und EU für höhere Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen, Finanztransaktionen und Ressourcenverbrauch ein und wollen unterschiedliche Subventionen abbauen. Konzept der Vermögensabgabe soll Kosten der Finanzkrise ausgleichen.

- Forderungen nach Einführung von Eurobonds oder eines Schuldentilgungspakts, einer Finanztransaktionssteuer und europäisches Investitionsprogramm.
- Forderung nach Ergänzung des Fiskalvertrages. Stabilität bedeutet mehr als ausgeglichene Haushalte, sie beruht auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Forderung nach Nachbesserungen bzw. Ergänzungen wie ein europäisches Investitionsprogramm, einen Schuldentilgungspakt und eine Finanztransaktionssteuer, ggfs. auch ohne GB mit einer Koalition der willigen Staaten.

Aussagen zu 3. (Fiskalpakt umgeht Europäisches Vertragswerk)

- **Leibrecht:** Frage wird nicht beantwortet.
- **Link:** Frage wird nicht beantwortet
- **Strobl:** Frage wird nicht beantwortet
- **Schneider:**
 - Fiskalvertrag soll möglichst schnell in EU-Recht überführt werden. Vertrag macht deutlich, dass er nicht auf Dauer gestellt ist, sondern spätestens innerhalb von fünf Jahren in den Rechtsrahmen der EU überführt werden soll. Eine weitgehende und zügige Verankerung der Regeln des Fiskalpaktes im europäischen Sekundärrecht (Two-Pack), würde dazu führen, dass Europäisches Parlament (EP) im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens am Entscheidungsprozess beteiligt wird.
 - Auch völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen, wie Fiskalvertrag oder ESM, sollen als europäische Angelegenheiten im Sinne des Artikels 23 Grundgesetz zu betrachten sein, damit auch hier sämtliche parlamentarische Beteiligungsrechte Anwendung finden müssen. Um die Beteiligungsrechte des Bundestages zu wahren, Klage vor BVG.

Aussagen zu 4. (Aufforderung Fiskalpakt abzulehnen)

- **Leibrecht:** Wir voraussichtlich Fiskalpakt und ESM zustimmen.
- **Link:** Gesamter Text bezieht sich auf ESM
- **Strobl:** Frage wird nicht beantwortet. Er setzt sich für Zustimmung zum ESM ein.
- **Schneider:** Frage wird nicht beantwortet. Klage vor BVG.